Deutscher Bundestag **Drucksache 17/5040**

17. Wahlperiode 16. 03. 2011

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Wolfgang Gehrcke, Paul Schäfer (Köln), Jan van Aken, Christine Buchholz, Sevim Dağdelen, Dr. Diether Dehm, Nicole Gohlke, Annette Groth, Heike Hänsel, Inge Höger, Andrej Hunko, Harald Koch, Stefan Liebich, Niema Movassat, Thomas Nord, Alexander Ulrich, Kathrin Vogler, Katrin Werner und der Fraktion DIE LINKE.

zu der Abgabe einer Regierungserklärung durch den Bundesminister des Auswärtigen

Umbruch in der Arabischen Welt

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Die Menschen, die in Libyen unter Gefahr für ihr Leben und ihre Gesundheit für ein freies, demokratisches, soziales Libyen demonstrieren, verdienen unsere Solidarität. Nichts kann die Niederschlagung der Proteste mit Waffengewalt durch die Regierung rechtfertigen.
2. Mittlerweile findet in Libyen ein Bürgerkrieg statt, in dem zivile Artikulationsformen keinen Raum mehr haben.
3. Eine Flugverbotszone aber könnte den Anfang einer militärischen Eskalation darstellen.
4. Die Bundesregierung hat im Jahr 2009 die Lieferung von Rüstungsgütern im Wert von 53,2 Mio. Euro an Libyen genehmigt. Sie erlaubte damit eine 13-mal so hohe Lieferung wie noch 2008 und hat damit Diktator Muammar al-Gaddafi dabei geholfen, Waffen gegen die eigene Bevölkerung zu richten.
5. Der Deutsche Bundestag protestiert gegen die Gewalttaten des Gaddafi-Regimes und fordert die sofortige Einstellung des Einsatzes der libyschen Armee, der Söldner und die Einstellung aller Kampfhandlungen.
6. Bei der Lösung des Konflikts ist die strikte Beachtung des internationalen Rechts unverzichtbar. Das Parlamentsbeteiligungsgesetz wurde unter anderem durch den Einsatz von AWACS-Flugzeugen, der durch das Mandat Operation Active Endeavour nicht gedeckt ist, missachtet.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. dass Deutschland als Mitglied des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen dafür eintritt, dass der Weg für eine friedliche, gewaltfreie Lösung des Libyen-

konflikts geöffnet wird. In geeigneter Art und Weise müssen die Vereinten Nationen internationale Vermittlungen zur Beendigung des Bürgerkrieges befördern und dabei das internationale Recht strikt einhalten;

2. dass Deutschland in der NATO eindeutig alle Maßnahmen zurückweist, die zu einer internationalen militärischen Auseinandersetzung führen könnten. Zu solchen Maßnahmen gehören die Aufforderung des französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy, Ziele in Libyen mit der Luftwaffe anzugreifen, die Einrichtung von Flugverbotszonen, das Zusammenziehen von Truppen im Mittelmeerraum und die Vorbereitung von Spezialkräften auf ein mögliches militärisches Eingreifen;

3. das Parlamentsbeteiligungsgesetz zu beachten und dem Deutschen Bundestag unverzüglich das Mandat für den Einsatz „Pegasus“ und der AWACS-Flugzeuge vorzulegen;

4. notwendige nichtmilitärische Maßnahmen zur Unterstützung der libyschen Bevölkerung zu ergreifen und humanitäre Hilfe für Flüchtlinge aller Nationalitäten bereitzustellen. Deutschland soll innerhalb der Europäischen Union dafür eintreten, dass Flüchtlinge rasch und unbürokratisch von den Mitgliedsländern der Union einschließlich Deutschlands aufgenommen und die Verträge über die Zusammenarbeit im FRONTEX-Vertragssystem beendet werden;

5. die Rüstungsexporte in die gesamte Region dauerhaft einzustellen und alle anderen Staaten aufzufordern, dies ebenfalls zu tun;

6. den Kauf von libyschem Erdöl und die Zahlungen dafür an Libyen sofort einzustellen.

Berlin, den 16. März 2011

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333